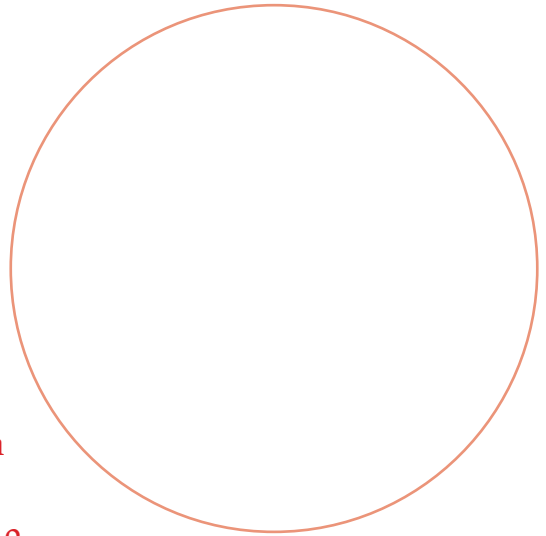


Die Verantwortung, die gesamte Menschheit vor der Vernichtung zu schützen

Der Begriff »Schutzverantwortung« (Responsibility to protect – R2P), 2005 in einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen anerkannt, bezieht sich auf die Verpflichtung von Staaten, schwere Menschenrechtsverletzungen gegen ihre eigene Bevölkerung nicht zuzulassen. Mit diesem Begriff wurden jedoch weiterhin »humanitäre Interventionen«, die gegen das Gewaltverbot der UN-Charta verstoßen, gerechtfertigt. Angesichts des Zeitalters der globalen Herausforderungen schlägt Wolfgang Hofkirchner ein neues Konzept vor: die Verantwortung, die gesamte Menschheit vor dem Annihilismus zu schützen. Annihilismus ist die explizite Rechtfertigung oder Verharmlosung eines vernichtungsgefährdenden Angriffs, dessen Vorbereitung oder Durchführung oder das implizite Schlafwandeln in die Vernichtung. Der Aufbau von Feindbildern kann zu Feindseligkeiten eskalieren, und Feindseligkeiten von Atommächten können bis zu einem Kippunkt eskalieren, der ein Punkt ohne Wiederkehr ist.

Lesen Sie diese Reflexion über den Ukraine-Krieg, in der **Wolfgang Hofkirchner** das neue Konzept vorstellt.



Der Ukraine-Konflikt und die Verantwortung, die gesamte Menschheit vor der Vernichtung zu bewahren

Die Systemtheorie ist aufgerufen, die konzeptionellen Mittel zur Konflikttransformation bereitzustellen. Eine solche Transformation wird möglich, wenn der Konflikt auf eine höhere Ebene, eine Metaebene, gehoben werden kann. Dadurch werden die konfligierenden Interessen von der parteiischen Betrachtungsebene gelöst und können von einem gemeinsamen Standpunkt aus neu bewertet werden. Legitime Interessen der beteiligten Parteien können dann miteinander vereinbar gemacht werden und sich sogar gegenseitig stützen. Die Parteien müssten allerdings ihre Interessen einer Friedenslogik unterwerfen. Dies ist für unsere Zeit unabdingbar geworden.

Ich konzentriere mich auf den Ukraine-Konflikt und befasse mich (1) mit den gegebenen konfligierenden Sichtweisen der Parteien aufgrund der Unterwerfung unter eine Kriegslogik, (2) mit der geforderten Reflexion über das Risiko der Vernichtung menschlichen Lebens auf der Erde und (3) mit der dementsprechenden Aufgabe, gemeinsame Sicherheit als notwendige Transformation auf der Metaebene herzustellen.

Die unterschiedlichen Sichtweisen der Konfliktparteien in der Logik des Kriegs

An einem Konflikt sind (mindestens) zwei Parteien beteiligt. An jedem Punkt der Interaktion folgt eine Handlung der einen Partei auf eine vorhergehende Handlung der anderen Partei und wird von einer weiteren Handlung dieser Partei gefolgt. Jede Partei kann jedoch zu jedem Zeitpunkt entscheiden, welche Handlung sie wählt, und sie ist für diese Entscheidung verantwortlich – eine Reaktion, die nicht durch die vorangegangene Handlung der anderen Partei bestimmt ist, obwohl sie auf diese folgt und sich auf diese bezieht.

Nach einer Periode diplomatischer und militärischer Wechselfälle ist der Konflikt in eine Phase eingetreten, in der beide Parteien einer Logik des Krieges den Vorrang vor einer Logik des Friedens gegeben haben. Im Februar dieses Jahres beschloss die Russische Föderation, unter Berufung auf die UN-Charta eine spezielle Militäroperation der »präemptiven«¹ kollektiven Selbstverteidigung zu erklären, anstatt auf einen diplomatischen Dialog mit den USA und der NATO, der EU und den OSZE-Mitgliedsstaaten zur Beilegung des Konflikts zu drängen; die Ukraine wiederum forderte eine totale militärische Verteidigung, anstatt ihre Städte zu offenen Städten zu erklären, die nicht verteidigt werden und daher nicht angegriffen oder bombardiert werden dürfen. Was von russischer Seite als Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Neutralisierung einer de facto von der NATO vorbereiteten Aufmarschzone gegen Russland bezeichnet wurde, wurde von ukrainischer, NATO- und US-Seite sowie der EU mit einem unprovo-

¹ Unter »Präemption« (Vorbeugung), oft auch »Prävention« (Vorwegnehmen), wird militärisch die Verteidigung gegen einen Angriff verstanden, der entweder schon stattfindet oder unmittelbar bevorsteht oder eine künftige Bedrohung darstellt.

zierten Angriffskrieg verglichen, einer Invasion, die versucht, ein souveränes Land zu besetzen, Territorium zu annektieren und dessen Regierung zu stürzen.

Durch die Unterstützung der Ukraine mit der Lieferung von (schweren) Waffen änderte sich das ukrainische Ziel der Auseinandersetzung vor kurzem auf einen Sieg über Russland. Der Konflikt ist inzwischen de facto zu einem Stellvertreterkrieg zwischen der Russischen Föderation und den USA/NATO und der EU auf ukrainischem Gebiet geworden. Die Gefahr, dass westliche Länder de jure zu Kriegsparteien werden, wird immer größer. Es liegt an Russland, rote Linien zu definieren.

Reflexionen zum Krieg im Atomzeitalter

Die Verwirklichung eines solchen Risikos würde einen Dritten Weltkrieg bedeuten, einen totalen Krieg zwischen Atommächten und wahrscheinlich den letzten Krieg auf der Erde. Diese Situation macht den Konflikt gefährlicher als die Kuba-Krise Anfang der 1960er Jahre, die von einsichtigen Politiker*innen beigelegt werden konnte, und gefährlicher als den so genannten NATO-Doppelbeschluss zur Stationierung von US-Pershing II Raketen und bodengestützten Cruise Missiles als atomare Mittelstreckenwaffen in Westeuropa, der 1979 eine breite Friedensbewegung auslöste.

Die Forderung nach einer Friedenslogik kommt in den Diskussionen kaum vor, obwohl ihre Umsetzung heute dringender ist denn je. Die Nukleardoktrin der USA und der NATO sieht keinen Verzicht auf einen Ersteinsatz vor. Die russische Doktrin erlaubt den Ersteinsatz von Nuklearwaffen gegen Aggressionen mit konventionellen Waffen im Falle eines Enthauptungsschlages gegen die militärischen Kommando- und Kontrollzentren und die Regierung, oder wenn die Existenz Russlands selbst gefährdet ist. (In einer kürzlich geführten Debatte über den Einsatz von Mini-Nukes wurde der Ersteinsatz von taktischen Atomwaffen vom Außenminister der Russischen Föderation ausdrücklich ausgeschlossen.) Es gibt jedoch keine Garantie für gegenseitige Zurückhaltung, es gibt keine Garantie für eine Begrenzung des Atomkrieges. Und ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden.

Es ist auffallend, dass diese Einsicht aus dem Kalten Krieg I nicht ausreichend gelernt worden ist. Es scheint, als ob dieser Imperativ des Atomzeitalters in vielen Ländern in Vergessenheit geraten ist, ins Unterbewusstsein verdrängt und nicht an die jüngeren Generationen weitergegeben wurde. Dabei ist das Festhalten an diesem Imperativ die einzig wirksame Lösung. Jede*r Akteur*in, der an den internationalen Beziehungen teilnimmt, muss die Verantwortung übernehmen, die gesamte Menschheit vor dem Annihilismus, vor dem Denken an die undenkbare Vernichtung, zu schützen. Die Menschheit ist zu einer objektiven Schicksalsgemeinschaft geworden. Die Friedenslogik muss sich darüber im Klaren sein, dass die Außenpolitik mit einer sich abzeichnenden Innenpolitik der Weltgesellschaft als Ganzes verschmilzt.

Einziges nachhaltiges Verhandlungsergebnis: Eine inklusive Sicherheitsarchitektur

Der gegenwärtige Krieg belegt noch eine andere Einsicht. Nicht nur sind die militärischen Mittel der Kriegsführung für einen verantwortungsvollen Einsatz zu mächtig geworden, auch die industrielle und informatisierte Zivilisation ist zu verwundbar geworden, um konventionell verteidigt werden zu können. Das Ausmaß der menschlichen Verluste und der Schäden an der gesellschaftlichen Infrastruktur überwiegt jeden möglichen Gewinn gegen eine*n Angreifer*in und kann einen Verteidigungskrieg rational nicht mehr rechtfertigen.

Dies gilt sogar für die Mittel der wirtschaftlichen Kriegsführung wie Sanktionen, die letztlich auf diejenigen zurückfallen, die die Sanktionen verhängen, und es gilt für die Mittel der ideologischen Kriegsführung, wie etwa selbstgerechte Behauptungen, die sich letztlich als Doppelmoral erweisen. Beiden Fällen liegen pauschale Zuschreibungen von Gut und Böse (derzeit apostrophiert als »Demokratie und Autokratie«) zu Grunde, die Feindseligkeiten fördern. Politische und kulturelle, d.h. nationale, ethnische, religiöse und andere gesellschaftlich konstruierte Unterschiede werden überhöht, um Geg-

ner*innen der eigenen Interessen das Recht auf Teilhabe an der Weltgemeinschaft abzusprechen. Aber so unmenschlich das schon immer war, so anachronistisch ist es heute. Der Zustand der Abhängigkeit aller Teile der Weltgemeinschaft voneinander erfordert globale Kooperation, nicht Konfrontation, zumal die Menschheit alle Anstrengungen unternehmen muss, den natürlichen Lebensraum des Planeten als Heimat Erde gemeinsam zu retten.

Um die Feindseligkeiten in der Ukraine zu beenden, einen »eingefrorenen« Krieg abzuwenden und einen dauerhaften Frieden zu ermöglichen, ist eine Verhandlungslösung notwendig, die zwischen den beteiligten Akteur*innen ausgehandelt wird. Ein Ausschluss Russlands aus den gesellschaftlichen, d. h. kulturellen, politischen, wirtschaftlichen sowie ökologischen und technologischen Beziehungen ist daher kontraproduktiv. Die Politik des Westens, die den Konflikt angeheizt hat, würde dann fortgesetzt werden. Die proklamierte gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur hat das legitime Sicherheitsinteresse für Russland nicht verwirklicht, sie müsste von der Art der Regierung und der Ideologie, die Russland haben mag, unabhängig sein. Eine gemeinsame Sicherheit für die Ukraine wie auch für andere europäische Staaten wird ohne Garantien Russlands nicht möglich sein, und umgekehrt wird eine gemeinsame Sicherheit für Russland ohne Garantien der Ukraine und anderer europäischer Staaten sowie der USA als Führungsmacht in der NATO nicht möglich sein.

Wenn diese Voraussetzungen nicht vereinbart werden können, geht der Neue Kalte Krieg mit einem neuen Eisernen Vorhang, der Europa von Eurasien trennt, weiter. Er wird von einer anhaltenden Bedrohung durch die globale Vernichtung, von Einschränkungen des sozialen Fortschritts in jedem Land und von ökologischen Rückschlägen begleitet sein. Das ist der Preis für das Unverständnis, dass eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur genau jene Metaebene darstellt, auf der der Konflikt einer Lösung zugeführt werden kann. ■